

DEUTSCHER BUNDESTAG

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität  
und Geschäftsordnung  
- Die Vorsitzende -

11011 Berlin, den 11. Juni 2003  
Platz der Republik 1

Fernruf: (030) 227 - 3 23 34  
Telefax: (030) 227 - 3 60 97

E-Mail: vorzimmer.pd1a1@bundestag.de

An den  
Vorsitzenden  
des 1. Untersuchungsausschusses  
Herrn Klaus Uwe Benneter, MdB

im Hause

Deutscher Bundestag  
15. Wahlperiode  
1. Untersuchungsausschuss  
MATA 30  
zu BB 15 - 78

EINGEGANGEN  
13. Juni 2003  
Erl.....

Sehr geehrter Herr Kollege Benneter,

mit Schreiben vom 2. Juni 2003 haben Sie mir den Beweisbeschluss 15/78 übermittelt. Hierzu stelle ich Ihnen die beigelegten Ausschussdrucksachen 15-W-4 und 15-W-8 zur Verfügung, die die einschlägigen Wahleinsprüche enthalten.

Mit freundlichen Grüßen

*Erika Simm*  
(Erika Simm)

Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode 1. Untersuchungsausschuss		
Eingang 16/6	Anlg.	Az.
Vorsitzender	Sekretariat ju 16/6	Eriedigung

1/Anders, Vorw I  
2) MATA 30  
Vorw III

11

Ausschuß für Wahlprüfung Immunität und Geschäftsordnung	
WP 222/02	
Eing.	25. NOV. 2002 Anlegen
Vorsitzender:	Sekretär:

An den  
Deutschen Bundestag  
-Wahlprüfungsausschuss-  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

25/11  
Ue 26/11

### Einspruch gegen das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gemäß § 2 Wahlprüfungsgesetz Einspruch gegen das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002 ein.

#### Begründung:

Als Wähler bei der Bundestagswahl am 22. September fühle ich mich durch gezielte Falsch- und Desinformation, besonders seitens der SPD im Vorfeld der Wahl, getäuscht. Aufgrund der gezielten Desinformation habe ich meine Stimme abgegeben und fühle mich nun arglistig getäuscht. Zu keiner Zeit wurden von Herrn Finanzminister Eichel und Herrn Bundeskanzler Schröder, trotz besserem Wissen und trotz der Kenntnis der Verantwortungsträger der sozialdemokratischen Fraktion und ihrer Staatssekretäre, die Wählerinnen und Wähler über die tatsächliche desolante Lage der Bundesrepublik Deutschland informiert.

In arglistiger Täuschung des Wählers wurde die schwierige Lage der Bundesrepublik Deutschland nicht nur verschwiegen, sondern in betrügerischer Absicht bewusst falsch dargestellt.

Da die Bürgerinnen und Bürger also bewusst getäuscht und betrogen wurden, handelt es sich um eine vorsätzliche Wahlmanipulation, die von unserem Rechtsstaat nicht hingenommen werden darf.

Als Zeugen dieses ungeheuerlichen Vorgangs benenne ich die Abgeordneten:  
Oswald Metzger (Bündnis 90/die Grünen), sowie Horst Seehofer (CDU/CSU)

Ich fordere Sie daher auf, das Ergebnis der Wahl zu annullieren und zum nächst möglichen Zeitpunkt Neuwahlen anzusetzen.

21.11.2002

13

An den  
Deutschen Bundestag  
- Wahlprüfungsausschuß -  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ausschuß für Wahlprüfung Immunität und Geschäftsordnung	
WP 202/02	
Eing.	26. NOV. 2002 Anlagen
Vorsitzender:	Sekretär:

Ue 26/11

20. November 2002

### Einspruch gegen das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß § 2 Wahlprüfungsgesetz lege ich hiermit gegen das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002 Einspruch ein.

#### Begründung:

Bei der Bundestagswahl am 22. September handelte es sich um eine meinungsmanipulierte und keine freie Wahl; vielmehr wurden die Wählerinnen und Wähler im Vorfeld der Wahl durch bewusste Falsch- und Desinformation, besonders der SPD, so getäuscht, dass der Bürger am Wahltag bei der Stimmabgabe von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen musste und auch nur konnte. Zu keiner Zeit ist er von den wohlinformierten Verantwortungsträgern, speziell von Herrn Bundeskanzler Schröder sowie seinem Finanzminister Eichel, über die tatsächliche Lage der Bundesrepublik informiert worden. Vielmehr wurde in arglistiger Täuschung des Wählers die Lage nicht nur verschwiegen sondern in betrügerischer Absicht bewusst falsch dargestellt. Dies ist der folgenden Gegenüberstellung von Zitaten eindeutig zu entnehmen.

Da der Bürger also bewusst getäuscht und betrogen wurde, handelt es sich um eine vorsätzliche Wahlmanipulation, die von unserem Rechtsstaat nicht hingenommen werden kann.

Ich fordere Sie daher auf, das Ergebnis der Wahl zu annullieren und zum nächstmöglichen Zeitpunkt Neuwahlen anzusetzen.

## Gegenüberstellung von Zitaten aus der Zeit vor der Wahl (u.a. TV-Duelle) mit Aussagen nach der Wahl

### I. Steuern

#### 1. Vor der Wahl

- ◆ "Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig, und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht." (Gerhard Schröder, ARD, 26.07.2002)
- ◆ "Es wird keine Steuererhöhungen geben." (Gerhard Schröder, Bild-Zeitung, 01.10.2002)
- ◆ "Ich führe keine Debatte über Steuererhöhungen und bin dagegen, an Steuersätzen zu drehen." (Hans Eichel, Süddeutsche Zeitung, 30.09.2002)
- ◆ "Wir haben keine Steuererhöhungen geplant, keine angekündigt und wir werden auch keine machen." (Ludwig Stiegler, ARD, 28.09.2002)
- ◆ [Frage]: "Schließen Sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Ökoststeuer aus?" "Es wird keine Steuererhöhungen geben. Die Steuerbelastung wird nicht steigen, sondern sinken." (Hans Eichel, Handelsblatt, 15. 4. 2002)
- ◆ [Frage:] "Sind da Steuererhöhungen auch eine Möglichkeit?" "Im Gegenteil. Wir machen die größte Steuersenkung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Wir reduzieren 2003 und 2005 die Steuern, wir planen keine Erhöhungen." (Hans Eichel, Weserkurier, 19. 6. 2002)

#### 2. Nach der Wahl

- ◆ "Erweiterte Steuerpflicht für Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren, die Abschaffung der Umsatzsteuerermäßigung bei bestimmter landwirtschaftlicher Vorprodukte, Stromsteuersatz für produzierendes Gewerbe, die Eigenheimzulage wird neu gestaltet, es wird eine Besteuerung Gas geben." (Franz Müntefering, ARD, 14.10.2002)
- ◆ "Die Steuerpflicht von Privatpersonen für Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wird erweitert, Kapitalerträge wollen wir ... besser erfassen." (Koalitionsvertrag)
- ◆ "Das Dickicht der Umsatzsteuerreduzierung wird gelichtet." (Koalitionsvertrag)
- ◆ „Die Pauschale für die private Nutzung von Dienstwagen werden wir von bisher 1 % auf 1,5 % monatlich anheben." (Koalitionsvertrag)
- ◆ "Die Mehrwertsteuerbefreiung für Flüge in andere EU-Länder wird aufgehoben." (Koalitionsvertrag)
- ◆ "Die steuerliche Begünstigung des produzierenden Gewerbes im Rahmen der Ökoststeuer wird vermindert." (Koalitionsvertrag)
- ◆ "Die Eigenheimzulage für Alt- und Neubauten wird angeglichen und auf Familien mit Kindern konzentriert." (Koalitionsvertrag)
- ◆ "Die Besteuerung von Gas [wird] angepasst." (Koalitionsvertrag)
- ◆ "Auf europäischer Ebene werden wir uns weiter für eine Kerosinbesteuerung im Flugverkehr einsetzen." (Koalitionsvertrag)
- ◆ „Wir wollen auch ein generelles Verbot der steuerrechtlichen Anrechnung gewerbe-steuerlicher Organschaften durchsetzen." (Koalitionsvertrag)

## II. Haushaltskonsolidierung

### 1. Vor der Wahl

- ◆ "Haushaltskonsolidierung, sparsames Umgehen mit den Steuern der Bürgerinnen und Bürgern, dass ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Und das muss weiter Leitlinie von Politik bleiben." (*Gerhard Schröder* am 08.08.2002 auf einer Wahlkampfkundgebung in Altenstadt, Hessen)
- ◆ "Das [mehr Schulden aufnehmen] bedeutet im Klartext, dass wir darangingen, die Schäden, die die heutige Generation ausgleichen muss, auf die künftigen Generationen zu verschieben. ... Das wäre der weitere Marsch in den Schuldenstaat." (*Gerhard Schröder* am 25.08. im ersten TV-Duell)
- ◆ "Eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik einnehmen, die nicht auf neue Schulden setzt, sondern sie abbaut ..., das sind die Vorschläge, die wir auf den Tisch gelegt haben und die wir auch umsetzen werden." (*Gerhard Schröder* am 25.08. im ersten TV-Duell)
- ◆ "Und das [Finanzierung über 'Pump oder Ähnliches'] werden wir nicht tun." (*Gerhard Schröder* am 08.09. im zweiten TV-Duell)
- ◆ "Wir machen keine Schulden, dass haben wir immer klar gemacht, wir weichen nicht in Schulden aus." (*Hans Eichel* am 01.09.2002 in der ARD-Sendung "Christiansen")
- ◆ "Wir sind auf dem Weg zu einem gesamtstaatlichen Haushalt ohne neue Schulden und zu einem Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung." (*Hans Eichel* am 12.09.2002 im Bundestag, Haushaltsberatungen)

### 2. Nach der Wahl

- ◆ "Ich habe gerade die Steuereinnahmen für den September auf den Tisch bekommen [...] und damit muss ich wohl davon ausgehen, dass wir das 3-Prozent-Kriterium nicht werden einhalten können." (*Hans Eichel*, ARD, 16.09.2002)
- ◆ "Und es kommt dazu, dass wir im nächsten Jahr die Nettoneuverschuldungslinie etwas korrigiert haben, um etwa 2,5 Milliarden." (*Franz Müntefering*, ARD, 14.10.2002)
- ◆ Der frühere Haushaltsexperte der Grünen-Bundestagsfraktion, Oswald Metzger, behauptet, die Bundesregierung habe vor der Bundestagswahl «ein desaströses Finanzloch im Bundeshaushalt» bewusst verschwiegen. Der Einbruch bei den Steuereinnahmen sei schon vor der Wahl bekannt gewesen. (*Oswald Metzger*, ZDF-Sendung «Frontal 21»)

## III. Stabilitätspakt

### 1. Vor der Wahl

- ◆ "Wir machen keine unbezahlbaren Versprechungen, und wir rütteln nicht an den Kriterien des europäischen Stabilitätspaktes." (*Gerhard Schröder* am 19.06.2002 vor der Bundespressekonferenz in Berlin)
- ◆ "Wir stehen trotz aller Finanzenge fest zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt." (*Hans Eichel* am 12.09.2002 im Bundestag, Haushaltsberatungen)
- ◆ "Frage: Müssen wir sagen, dass der Stabilitätspakt in Europa nicht mehr halten kann?" "Auf gar keinen Fall, es wäre ein fundamentaler Fehler, wir

werden unsere Hand dazu auch nicht reichen. Es wird übrigens auch nicht so sein. Ich bin sicher wir kriegen keinen blauen Brief aus Brüssel." (*Hans Eichel* am 17.09.2002 in der ARD-Sendung "Ihre Wahl 2002")

## 2. Nach der Wahl

- ◆ "Es [geht] darum, den auf europäischer Ebene vereinbarten Stabilitätspakt [...] mit Augenmaß so zu interpretieren, wie es in der jeweils angesagten konjunkturellen Situation möglich und nötig ist." (*Gerhard Schröder* auf dem SPD-Bundesparteitag am 20.10.2002 in Berlin)
- ◆ "Was wir aber brauchen, ist seine [des Stabilitätspaktes] konjunkturgerechte Ausgestaltung. [...] Erforderlich ist also mehr Flexibilität, um in konjunkturell schwierigen Zeiten gegensteuern zu können." (*Gerhard Schröder*, Regierungserklärung, 29.10.2002)

## IV. Soziale Sicherungssysteme

### 1. Vor der Wahl

- ◆ "Was die Beiträge selbst angeht, darf man bei den Krankenversicherungen nie nur das erste halbe Jahr sehen, sondern muss das ganze Jahr sehen. Und da wird es einige, jetzt zu Beginn wirkende Maßnahmen geben, die dafür sorgen werden, dass die Prophezeiungen, die da in die Welt gesetzt werden, nicht eintreten." (*Gerhard Schröder* am 08.09. im zweiten TV-Duell)
- ◆ "Was die Beiträge bei der Rente angeht, da muss ich nun darauf hinweisen: ... Und in der Tat ist es natürlich richtig, dass wachsende Arbeitslosigkeit ... natürlich Auswirkungen auf das Rentensystem hat, (auch) auf die Beiträge. Aber deswegen haben wir ja gerade diese große und wichtige Reform gemacht, um das im Griff zu behalten. Und das ist auch so." (*Gerhard Schröder* am 08.09. im zweiten TV-Duell)
- ◆ "Wir halten die Rentenbeiträge langfristig stabil" (*SPD-Anzeige*, Frankfurter Rundschau, 18.06.2002)

### 2. Nach der Wahl

- ◆ "Bei dem was wir jetzt gerechnet haben, gehen wir davon aus, dass im nächsten Jahr der Rentenversicherungsbeitrag bei 19,3 % liegt." (*Franz Müntefering*, ARD, 14.10.2002)
- ◆ "Eine Erhöhung [des Rentenversicherungsbeitrages] auf 19,5 Prozent zum 1. Januar 2003 wäre die richtige Lösung." (*Franz Müntefering*, ZDF-Sendung "halb 12 - Eser und Gäste", 03.11.2002)
- ◆ "Deswegen glaube ich auch [...], dass es richtig ist, den [Renten-]Beitragssatz anzuheben: auf 19,5, schlage ich vor." (*Ulla Schmidt*, ZDF, 31.10.2002)

## V. Sonstiges

### 1. Vor der Wahl

- ◆ "Wir gehen unseren deutschen Weg." (*Franz Müntefering*, AFP, 05.08.2002)
- ◆ Maybrit Illner: "Bekommt Walter Riester eine zweite Spielzeit? Schröder: "Ja, sicher." (2. TV-Duell am 08.09.)

## 2. Nach der Wahl

- ◆ "Asked if there was room for a 'German way', Mr Fischer replied: 'No. That's nothing. Forget it. Forget about a German way.' [...] 'I don't want to comment for the chancellor, but I tell you: forget it,' Mr Fischer said. 'There is definitely, in foreign policy, no German way as there is in domestic policy.'" (The Guardian, 15.10.2002)

31

WP 106102

Christine Rudolf, geb. Margellos

Am Felsenberg 14  
64686 Lautertal Elmshausen

An den Deutschen Bundestag  
Wahlprüfungsausschuß  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ausschuß für Wahlprüfung Immunität und Geschäftsordnung	
LCP 106/02	
Ang.	20. NOV. 2002
Arbeits:	
Vorsitzender:	Sekretär:

*Ue 20/11*

Tel.: 06251/136865

18. September 2002

Einspruch gegen das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,  
gemäß § 2 Wahlprüfungsgesetz lege ich hiermit gegen das Ergebnis der  
Bundestagswahl vom 22. September 2002 Widerspruch ein.

Begründung:

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl ist durch eine Desinformation der Bürger zustande gekommen. Wäre den Bürgerinnen und Bürgern bereits vor der Wahl mitgeteilt worden, daß die Bundesregierung die Maastricht-Kriterien in diesem Maß überschreiten wird (Prognose des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vor der Wahl 3,5% und eine Prognose aus Brüssel vor der Wahl ging von 3,1% aus) und somit klar gewesen wäre, daß Bezeichnungen wie „Sparkommissar“ oder „Sparkurs“ etc. lediglich leere Worthülsen sind, so hätten die Bürgerinnen und Bürger unserer Bundesrepublik sicher aus Verantwortung für das Land eine andere Entscheidung getroffen.

Ebenso verhält es sich mit der Erhöhung der Rentenbeiträge. Diese war bereits vor der Wahl von Bundesverband der Rentenversicherer (Prof. Ruland) gefordert und hinausweichlich diagnostiziert. Wären die Bürgerinnen und Bürger über diese Zahlen informiert worden, so hätten sie eine andere Beurteilungsbasis über die Leistungen der Bundesregierung in den letzten vier Jahren und wären möglicherweise zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Diese Informationen lagen der Bundesregierung vor, sie hätten durch die **Regierung** veröffentlicht werden müssen.

In der Tat sind diese Zahlen durch die Medien und die Opposition bereits vor der Wahl veröffentlicht worden, jedoch von der Regierung im selben Atemzug dementiert worden. Müntefering, Eichel, Schröder und Genossen haben nie eingeräumt, daß ihnen diese Zahlen auch vorliegen, sie die Lage jedoch anders bewerten, sondern sie sagten diese Informationen stimmen nicht oder seien falsch.

Der Informationshoheit der Bundesregierung bezüglich der volkswirtschaftlichen Fakten der Bundesrepublik haben die Bürgerinnen und Bürger geglaubt und sie somit als Basis für ihre Wahlentscheidung genommen, die Entscheidung beruht somit auf falschen Fakten. Das amtliche Wahlergebnis kam durch falsche Informationen zustande, ist daher nicht Wille der Bürgerinnen und Bürger und ist somit **nicht gültig**.

32

Oswald Metzgers Aussage in den Medien, die Regierung habe die Wahl zwischen weiter regieren und der Wahrheit gehabt, ist der Gipfel der Unverschämtheit. Nicht weil er das gesagt hat, sondern weil er als der finanzpolitische Sprecher der Grünen einen ähnlichen Wissensstand wie Herr Eichel oder Herr Schröder gehabt haben mußte. Folglich war es den beiden Herren bewußt, daß sie wider besseren Wissens den Bürgern die Wahrheit über die finanzielle Lage der Bundesrepublik verschwiegen haben, um weiter regieren zu können. Dieses Verhalten ist grob sittenwidrig, eine Wahl, die auf einer solchen **Sittenwidrigkeit** basiert, kann nicht für gültig erklärt werden!

Das deutsche Volk ist in seiner Geschichte schon einmal auf die Lügen einer Regierung reingefallen. Damals brauchten wir die Alliierten Streitkräfte um uns von diesem Regime zu befreien. Wir sind es der internationalen Öffentlichkeit schuldig zu beweisen, daß wir heute ein Rechtsstaat sind, in dem ein Bundeskanzler, der sei Volk belogen hat, durch das Volk und die demokratischen Rechtswege zur Rechenschaft gezogen werden kann und wir nicht erst die nächste Wahl abwarten müssen.

G. Rudolf